

## Vortrag an den Ministerrat

### **Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Staates Kuwait über die Visumfreiheit für die Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen der Republik Österreich und die Inhaber von Diplomaten- und Spezialpässen des Staates Kuwait; Unterzeichnung und Inkraftsetzung**

Gemäß dem Beschluss der Bundesregierung vom 6. September 2023 (sh. Punkt 22 des Beschl.Prot. Nr. 68) wurde das vorliegende Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Staates Kuwait über die Visumfreiheit für die Inhaber von biometrischen Diplomaten-, Dienst- bzw. Spezialpässen verhandelt.

Das gegenständliche Abkommen ermöglicht Inhaberinnen und Inhabern von österreichischen biometrischen Diplomaten- und Dienstpässen und von kuwaitischen biometrischen Diplomaten- und Spezialpässen die visumfreie Einreise in das jeweils andere Staatsgebiet für einen Zeitraum von 90 Tagen innerhalb von 180 Tagen. Die Aufhebung der Visumpflicht ist nicht jedoch für gewöhnliche Reisepässe vorgesehen. Ferner bleibt auch die Visumpflicht für akkreditierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von diplomatischen oder konsularischen Vertretungsbehörden oder von internationalen Organisationen im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien bestehen. Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die als unerwünscht gelten oder den öffentlichen Frieden, die Ordnung, Gesundheit oder nationale Sicherheit gefährden, die Einreise zu verweigern oder den Aufenthalt zu verkürzen. Das Abkommen enthält des Weiteren eine Suspendierungsklausel, die es beiden Parteien ermöglicht, die Visumbefreiung jederzeit auszusetzen.

Gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a der Verordnung (EU) 2018/1806 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz

eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind, ABl. Nr. L 303 vom 28. November 2018 S. 39, in der geltenden Fassung, können Mitgliedstaaten der Europäischen Union Ausnahmen von der Visumpflicht für Inhaberinnen und Inhaber von Diplomatenpässen, Dienst-/Amtspässen oder Sonderpässen vorsehen.

Das gegenständliche Abkommen tritt gemäß seinem Art. 10 Abs. 1 in Kraft, nachdem die Vertragsparteien einander den Abschluss der für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren mitgeteilt haben.

Die Durchführung des Abkommens wird voraussichtlich keine finanziellen Auswirkungen haben, da die betreffenden österreichischen Visa bereits bisher in den meisten Fällen gebührenfrei ausgestellt werden. Sollten dennoch zusätzliche Kosten anfallen, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Das Abkommen ist ein Regierungsübereinkommen i.S. von lit. a) der Entschließung des Bundespräsidenten vom 31. Dezember 1920, BGBl. Nr. 49/1921, auf der gesetzlichen Grundlage von § 30 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Ausübung der Fremdenpolizei, die Ausstellung von Dokumenten für Fremde und die Erteilung von Einreisetiteln (Fremdenpolizeigesetz 2005 - FPG), BGBl. I Nr. 100/2005 idgF.

Anbei lege ich den authentischen Wortlaut des Abkommens in englischer, deutscher und arabischer Sprache vor.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres stelle ich den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle

1. das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Staates Kuwait über die Visumfreiheit für die Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen der Republik Österreich und die Inhaber von Diplomaten- und Spezialpässen des Staates Kuwait genehmigen,
2. mich, oder eine von mir namhaft zu machende Angehörige bzw. einen von mir namhaft zu machenden Angehörigen des höheren Dienstes des Bundesministeriums

für europäische und internationale Angelegenheiten zur Unterzeichnung des Abkommens bevollmächtigen, und

3. nach erfolgter Unterzeichnung mich oder eine von mir namhaft zu machende Angehörige bzw. einen von mir namhaft zu machenden Angehörigen des höheren Dienstes des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zur Vornahme der Notifizierung gemäß Art. 10 Abs. 1 des Abkommens ermächtigen.

09. September 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister